

Volkswirtschaft-und Gesundheitsdirektion
Suchtbeauftragter
Bahnhofstrasse 5
4410 Liestal

Liestal, 30. März 2020

Versand per E-Mail: joos.tarnutzer@bl.ch

Vernehmlassungsantwort

Änderung des Gesetzes über die Sozial- und Jugendhilfe

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Weber
Sehr geehrter Herr Tarnutzer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Einladung zur Stellungnahme zur Änderung des Gesetzes über die Sozial- und Jugendhilfe vom 17. Dezember 2019. Gerne nehmen wir hiermit Stellung:

Die FDP Baselland begrüsst das Vorhaben, Regelungen zur Finanzierung von ambulanten und stationären Therapien für suchtkranke, minderjährige Jugendliche zu vereinheitlichen und harmonisieren.

Auch wenn unterschiedliche medizinische und soziale Grundlagen eine Unterscheidung zwischen ambulantem und stationärem Therapiesetting machen, so ist die aktuell bestehende Unterscheidung der Finanzierung nach Therapieform stossend und kann zu Fehlanreizen führen. Mit der in der Vorlage vorgesehenen Kostentragung für alle Massnahmen durch den Kanton können die Gemeinden von wirtschaftlich schwierigen Entscheidungen befreit werden, die gerade bei dieser vulnerablen Patienten- bzw. Klientengruppe langfristig schwerwiegende Konsequenzen haben. Die Angleichung der Finanzierungsregeln der Drogentherapie an diejenigen der Jugendhilfe vereinheitlicht und verschlankt die Prozesse. Zudem wird mit der neuen Vorlage klar formuliert, dass sowohl die betroffene minderjährige Person oder ersatzweise deren Erziehungsberechtigte verpflichtet sind, einen Beitrag an die Finanzierung der jeweiligen Massnahmen zu leisten, sofern sie dazu wirtschaftlich in der Lage sind.

Es ist aus den Unterlagen zur Vernehmlassung nicht zu entnehmen, dass in irgendeiner Form mit einer Kostensteigerung für ambulante oder stationäre Massnahmen in der Drogentherapie zu rechnen ist. Jedoch wird der aktuell bestehende Gemeindeanteil dem Kanton zur Last gelegt, was zu einer Kostenverschiebung führt. Basierend auf diesen Aussagen erwartet die FDP Baselland, dass die prozessualen Vereinfachungen und die Einforderung von Beiträgen der Leistungsbezüger bzw. deren Erziehungsberechtigten summa summarum das Gemeinwesen finanziell entlasten werden. Wir bitten den Regierungsrat, diesen Sachverhalt im Auge zu behalten und gegebenenfalls korrigierende Massnahmen zu veranlassen

Grundsätzlich unterstützen wir die Vorlage entsprechend ohne Änderungsvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

FDP.Die Liberalen Baselland



Saskia Schenker
Präsidentin



Andreas Dürr
Fraktionspräsident

Ersteller: Fachkommission Volkswirtschaft & Gesundheit, Ueli Zehnder